

Ball paradox

Das populistische Instrument der Schuldenbremse erweist sich mehr als Falle denn als stabilitätsfördernd – Rede auf der Veranstaltung einer studentischen Initiative gegen die Austeritätspolitik der Regierenden an der Schulden- und Vermögensuhr am Uni-Hauptgebäude

In wenigen Tagen ist Europawahl. Dass viele Menschen in anderen Mitgliedsländern das Projekt EU weitaus skeptischer betrachten als die Leute hierzulande, hat auch mit dem zu tun, was sich hier auf der Schulden- und Vermögensuhr abbildet. Kurz gesagt: Deutschland hat sich auf Kosten anderer Länder Vorteile verschafft, was jetzt dazu geführt hat, dass die Bundesregierung die Schuldenquote weiter senken konnte auf derzeit um die 60 Prozent des Sozialprodukts. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Reduzierung um 53 Milliarden. (Zum Vergleich: Italien hat sich derzeit zu 132, Griechenland 178, USA 110 und Japan 250 Prozent verschuldet.)

Wie war das möglich?

- Im Gegensatz bspw. zu Frankreich, das sich an die Vereinbarung gehalten hatte, Lohnerhöhungen an den Produktivitätssteigerungen zu orientieren, betrieb Deutschland über Jahre hinweg Lohndumping. D. h., die Steigerungen lagen deutlich unterhalb der vereinbarten Größe, was entsprechend die internationale Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft stärkte und somit die Hauptursache für die derzeitigen riesigen Handelsbilanzüberschüsse darstellt.
- Durch den Wegfall des Wechselkursmechanismus als Korrektiv. Die anderen ökonomisch schwächeren EU-„Partner“ sorgen für einen niedrigen Kurs, von dem die deutsche Exportwirtschaft ebenfalls profitiert. Gäbe es die D-Mark noch, wäre

der Kurs unter die Decke gegangen, wie bspw. in der Schweiz. Die deutschen Produkte im Ausland würden teurer, was die Nachfrage zurückgehen ließe.

• Niedrige Zinsen als notwendige Maßnahme, um das System seit der Finanzkrise 2008 nicht kollabieren zu lassen, schufen und schaffen immense Entlastungen



Keine Transferunion heißt es unisono – ein Spiel mit dem Feuer!

aller staatlichen Haushalte, weil diese sich zu immer niedriger werdenden Zinsen refinanzieren können.

Und Deutschland als von den Investoren angenommener sicherster Schuldner zahlt die niedrigsten Zinsen (auch alle Häuslebauer_innen und Eigentümer_innen von Wohnungen profitieren).

Zentrale Botschaft in Bezug

auf die Schulden- und Vermögensuhr muss sein: Jeder Euro auf der Schuldenuhr taucht als Vermögen bei jemand anderem auf. Insofern steckt hinter dem Ganzen ein Verteilungsproblem. Und wie ihr wisst, setzt die Politik hierzulande alles daran, dass die Reichen immer reicher werden. Ein Skandal, dass es immer noch nicht wieder eine Vermögenssteuer gibt, nachdem das Bundesverfassungsgericht 1995 (!) einmal geurteilt hatte, dass die bis dato geltende Form mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Und auch die Erbschaftsteuer ist hierzulande ja wohl eher ein Witz – auch wenn man sie vergleicht mit anderen europäischen Ländern.

Der Anspruch bei Gründung der Währungsunion war einmal die Harmonisierung der Haushalts- und Finanzpolitik. Dies berührt also die Einnahmen und Ausgaben des Staates und damit auf der Einnahmeseite das Steuerrecht. Anders kann es gar nicht funktionieren. Wird dieser Grundsatz wie geschehen ständig verletzt, entstehen die Ungleichgewichte, die unweigerlich in der Krise des Gesamtsystems enden müssen. Konkreter auf die Verschuldungsquote bezogen heißt dies, dass bei unterschiedlicher Höhe sich die Ungleichgewichte automatisch verstärken, solange man nicht bereit ist, politisch gegenzusteuern. Diese Bereitschaft fehlt bekanntermaßen hierzulande.

Wenn man sich so ans Geld klammert wie die Deutschen, dann hat das etwas mit Angst

zu tun, Angst, Sicherheit zu verlieren. Nicht umsonst spricht man ja schon weltweit von der „German-Angst“. Das hat etwas mit den Weltkriegen zu tun, aber vielleicht mehr noch mit der Inflationserfahrung von 1923. So etwas würfelt eine Gesellschaft in der Tat ja ziemlich durcheinander. Aber man sollte nach nun schon fast 100 Jahren, die das her ist, die Dinge realistischer sehen.

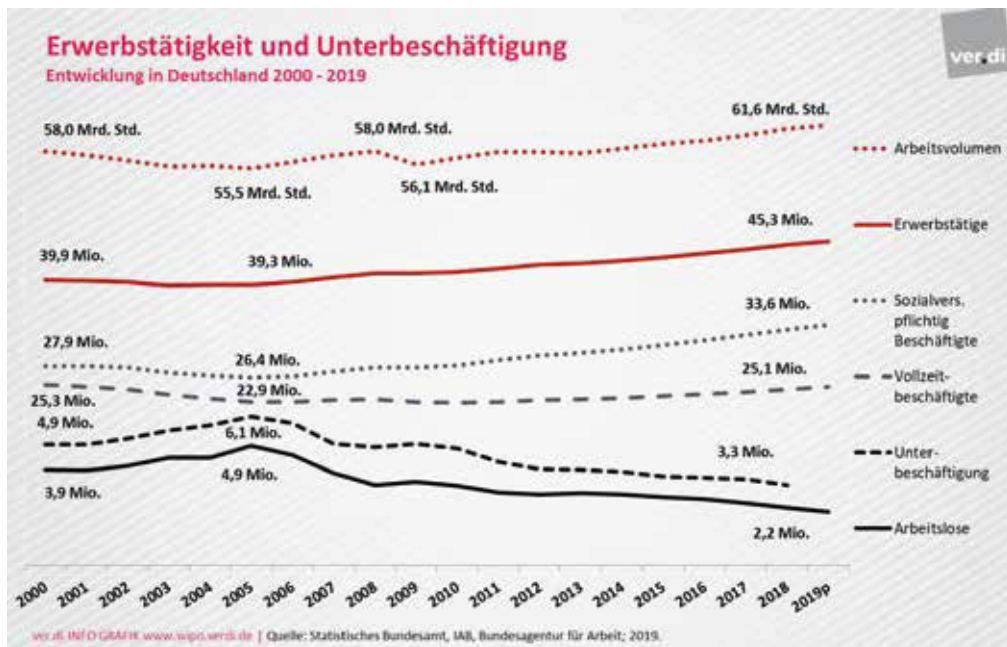
Realistisch wäre es nämlich, wenn alle europäischen Länder massiv investierten. Und zwar auch durch weitere Schuldenaufnahme. Oder Deutschland sollte die gesparten 53 Milliarden verwenden, um aus Ländern der EU etwas zu kaufen. Besser noch: Wir stecken das Geld in den von Macron phantasierten gemeinsamen europäischen Finanztopf. Das wäre das beste Konjunkturprogramm für die schwächelnden „Partner“länder im Süden. Dies böte die Chance, die Unterbeschäftigung, sprich: Arbeitslosigkeit, zu überwinden. Dies wäre nicht nur gerecht, sondern schüfe auch die Werte, die spä-

teres Schuldenabtragen ermöglichen. Nichts ist eigentlich unsinniger als Menschen zu Hause rumsitzen zu lassen, nur weil der Markt es nicht hergibt, so der Politiker_innen-Sprech, sie in Arbeit zu bringen. Das ist die, wenn man so will, „Schizophrenie“ in unserer Gesellschaftsordnung, dank der wirkmächtigen Gesetze des Kapitalismus.

In diesem *Für Europa*, was zurzeit die Mehrheitsgesellschaft der Deutschen vor sich herträgt, steckt nicht nur Großmäuliges, sondern auch Hinterhältiges seitens der Regierenden. So tun, als wäre man bereit, Opfer zu bringen, indem man der Bevölkerung suggeriert, man sei als größter Nettozahler derjenige, der die Hauptlast für ein vereintes Europa trüge. Jeder, der sich mit der Sache näher beschäftigt, weiß, dass Deutschland in Wahrheit am stärksten von der Währungsunion profitiert und sich quasi hierdurch Undercover zu einer Vormacht entwickeln konnte, die alle anderen an die Wand drückt. Italien hat es gemerkt, was da läuft. In Frankreich ist es der

Linke Mélenchon, der dieses falsche Spiel nicht mehr mitmachen will. Und in Deutschland erlaubt man sich dreist zu sagen: die anderen seien schuld, weil sie über ihre Verhältnisse gelebt haben. Deshalb lehnt man jede Form des finanziellen Beistandes ab. „Keine Transferunion“ heißt es unisono! Wenn man sie fordert, wird einem entgegengehalten, dass es doch die ‘no-bailout’-Klausel in den EU-Verträgen gebe – offiziell: Nichtbeistands-Klausel -, was so viel heißt wie eine ‚nicht-hau’raus’-Verpflichtung. Man könnte es auch anders formulieren: Solidarität gibt es nicht! Also, allzu weit ist es denn doch nicht her mit der Liebe zu Europa! Aber dies ist zugleich auch ein Spiel mit dem Feuer. Sollten sich die Widersprüche weiter zuspitzen, indem die jetzigen Verlierer nicht mehr mitspielen wollen, ist das Projekt EU gescheitert.

Aus meiner Sicht hat dieses Projekt nur dann eine Chance, wenn die deutsche Politik massiv Kompensationsmechanismen einführt und bereit wäre, durch



höhere Zahlungen als bisher diese zu bedienen; sei es über einen echten gemeinsamen Haushalt wie Macron ihn fordert oder über Eurobonds, wo der finanziell Starke für die Schwachen mithaftet.

In den USA gibt es zwischenzeitlich eine Bewegung, getragen von gar nicht so unbedeutenden Ökonomen und vor allem Ökonominen, die eine solche Politik der Finanzierung durch Schulden fordern, bis Vollbeschäftigung erreicht ist. Ich zitiere einmal Stephanie Kelton, eine 49-jährige US-Ökonomin, die Spitzenpolitiker_innen der Demokraten wie Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez berät. Sie ist Protagonistin einer neuen ökonomischen Denkschule und ist, so schreibt es auf jeden Fall DIE ZEIT, auf allen Fernsehkanälen zu sehen. Einen Begriff für diese Theorie mit Kürzel gibt es auch schon: NMT, in Langform: New monetary theory. Kelton sagt in dem ZEIT-Interview:

Wenn ein Politiker im Kongress sagt: »Ich brauche mehr Geld für das Klima, lasst uns dafür den Verteidigungsetat kürzen oder vielleicht die Steuern erhöhen«, dann gibt es sofort einen Aufschrei. Das Militär hat eine starke Lobby, und höhere Steuern sind politisch schwer durchzusetzen. Am Ende passiert dann oft gar nichts. Die Folge: Der Planet brennt weiter, und unsere Infrastruktur verrottet. Und das nur, weil wir die Fiktion aufrechterhalten wollen, wir hätten nicht genug Geld. Was für

ein Irrsinn! Ich zeige bei meinen Vorträgen gern das Bild, auf dem ein Biber einen Damm baut und frage: »Wo hatte der Biber das Geld her, um den Damm zu bauen?« Dann lachen alle. Daraufhin sage ich: »Er hat sich wahrscheinlich einfach gedacht: Da drüben gibt es Äste und Stöcke, die hole ich mir jetzt und baue meinen Damm. Und da sind wir Menschen, die Krone der Schöpfung. Wir haben Beton, wir haben Arbeitskräfte und wir sitzen herum und fragen uns, wo wir das Geld herbekommen. Ich frage Sie: Wer ist hier verrückt?«

Aus: *Die Zeit* Nr. 15/2019, S. 22 (Interview)

Letztendlich ist es also die zweckgebundene lebendige Arbeit, die Werte schafft. Die Finanzierung derselben ist nur der Transportriemen. Der ist in entwickelten Volkswirtschaften notwendig; aber es ist eben nur die notwendige, nicht aber die hinreichende Bedingung, damit Wert im Sinne von geronnener Arbeitskraft entsteht.

Dass die systemimmanenten Gesetze des Kapitalismus dazu führen, dass die Wirtschaft immer wieder in Krisen gerät und nur durch massive Interventionen wie u.a. durch Krieg vor dem Kollabieren ‚gerettet‘ werden kann, hat nicht nur Marx hinlänglich beschrieben. Viele der darüber hinausgehenden zeitgenössischen Irrationalitäten, die das System hervorbringt, gilt es aufzudecken. Dies ist die Voraussetzung, um letztendlich auch vor der Systemfrage nicht Halt zu machen und zu fragen:

Wie lange wird dieses nun vielleicht bereits 200 Jahre – über die genaue Zahl der Jahre lässt sich streiten, auf jeden Fall ist es nur ein Wimpernschlag in der Geschichte der Menschheit und erst recht dieses Planeten – den Planeten beherrschende System noch existieren? Hoffen wir mal, wie immer behauptet wird, dass der Mensch qua Vernunft erkennt, dass es bei einem ‚Weiter-so‘ auf einen Untergang der gesamten Zivilisation hinausläuft und es deshalb genügend Mutige geben wird, die bereit sind, dabei mitzuhelfen, den Schalter umzulegen.

Seien wir also realistisch: fordern wir das angeblich Unmögliche! Schluss mit jeglicher staatlicher finanzieller Restriktion! Schluss mit Austerität! Schluss mit der Schuldenbremse! Finanziert werden muss das, was gesellschaftlich notwendig ist. Und notwendig ist vor allem, dass alle Mitglieder der Gesellschaft nicht nur eine Chance haben, Nützliches zu tun, sondern eine Garantie darauf haben.

Zu eurem Vorhaben der Volksabstimmung hab' ich meine Zweifel, aber ich stehe hier nicht als Bedenkenträger. Euer Engagement in dieser Sache ist toll – ihr seid die Mutigen!

Ich danke fürs Zuhören!

JOACHIM GEFFERS

(Rede gehalten am 9. Mai 2019; Abweichungen vom mündlich Vorgetragenen in dieser Schriftform-Fassung wie üblich)

GEW ist keine Unterstützerin der „Volksinitiative Schuldenbremse“

Die GEW lehnt die Schuldenbremse ab und hat das in der Vergangenheit auch mehrfach deutlich gemacht. [...] Dennoch hält die GEW Hamburg das Instrument der Volksinitiative aktuell nicht für den richtigen Weg, um die Schuldenbremse abzuschaffen. [...] Eine Unterstützung (der Initiative) war und ist im konkreten Fall aus verschiedenen Gründen nicht gegeben, daher hat die GEW Hamburg einen Antrag auf Unterstützung der ‚Volksinitiative Schuldenbremse‘ auf einer Landesvorstandssitzung im März 2019 abgelehnt. Näheres unter: (<https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/aktionen/leitlinien-buergerschaftswahl>).

Auszug aus: Presseerklärung vom 10.5.2019